

## INHALT

1. Editorial
2. Themenschwerpunkt Arbeit
  - Prekäre Arbeitsgesellschaft
  - Für eine Erneuerung der Arbeitspolitik
  - Empirie der Prekarität
  - Workfare
  - Beschäftigungspolitik

### 1. Editorial

Liebes Denknetz-Mitglied, sehr geehrte LeserInnen

Ich freue mich, Ihnen hiermit die zweite Ausgabe des Denknetz-Infobriefs vorlegen zu dürfen und möchte mich zugleich ganz herzlich für den positiven Rücklauf auf die Premiere bedanken. Mit „Gleichheit“ hatte der erste Infobrief ein Schwerpunktthema, das uns auch weiterhin ex- oder implizit beschäftigen wird. So ist auch das Thema dieser Ausgabe – Arbeit im Sinne kapitalistischer Lohnarbeit – untrennbar mit Gleichheit verwoben: Einerseits ist „Lohnarbeit“ per se schon Ausdruck sozialer, also menschengemachter Ungleichheit insofern sie Ausdruck einer fundamentalen Spaltung der Menschen ist: hier diese, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen und dort jene, die vom Ankauf dieser Arbeitskraft und von Vermögen leben können.

Darüber hinaus wird diese Spaltung durch vielfältige Segregationen innerhalb der Lohnabhängigen überlagert und verdeckt. Zu denken ist hier in erster Linie an den Ausschluss von Frauen aus der Welt der bezahlten Lohnarbeit, der sich auf vielfältige Weise immer wieder neu erhält (dies wird Thema des nächsten Infobriefes **Arbeit und Gender** sein, der Anfang Mai erscheinen wird). Desweiteren verschärft und differenziert die neoliberal flankierte Dynamik des Kapitalverhältnisses die Bedingungen der Lohnarbeit derart, dass es um die „Lohnarbeit“ zu erbitterten Kämpfen zwischen Lohnarbeitenden kommt. Dass diese Spaltungen „innerhalb einer Klasse“ leider nicht nur Konstrukte eines „notwendig falschen Bewusstseins“ (Marx) sind, zeigt sich an den Reaktionen vieler Lohnabhängiger auf den derzeit laufenden Streik gegen die Verlängerung der Arbeitszeit im öffentlichen Dienst in Deutschland: Die einen weisen die Streikforderungen mit der Begründung zurück, sie müssten ja auch schon länger arbeiten. Die anderen entsorgen den aufgrund des Streiks liegengebliebenen Hausmüll vor den Büros der Gewerkschaft Ver.di, die den Streik organisiert. Und dann gibt es Arbeitslose,

die sich nicht nur durch Ämterzwang, sondern auch durch Lohnzulagen zum Streikbruch motivieren lassen. Allein, die massive Streikbeteiligung in Deutschland ebenso wie die Energie und Solidarität, wie sie im Streik von Reconvilier zum Tragen kam, geben Anlass zur Hoffnung, dass die „**Prekarisierung der Arbeitsgesellschaft**“ nicht die Zukunft der Arbeit ausmachen wird. In diesem Sinne laden wir Sie ein, am 19/20. Mai auf unserer Jahrestagung 2006 über „Gute Arbeit für alle“ zu diskutieren.

*Holger Schatz*

**Denknetz Tagung am 19/20.5 2006 in Bern: Gute Arbeit für alle. Illusion oder Programm?**  
mit Mitglieder-Generalversammlung

Programm: [www.denknetz-online.ch](http://www.denknetz-online.ch)

### 2. Themenschwerpunkt Arbeit

#### Prekäre Arbeitsgesellschaft

Prekäre Arbeitsgesellschaft lautet der Titel der neuen Ausgabe der Zeitschrift **Widerspruch** (<http://www.widerspruch.ch/>). Die Beiträge, an denen sich dieser Infobrief zu einem guten Stück entlang hangeln wird, zeichnen ein facettenreiches Bild der sich verändernden Arbeits- und Lebensbedingungen von Lohnabhängigen mit und ohne Arbeitsstelle im heutigen Kapitalismus. Die theoretische Klammer für die sich scheinbar endlos ausdifferenzierenden Arbeitsverhältnisse – vom sogenannten Normalarbeitsverhältnis über Formen der Scheinselbständigkeit bis hin zur Arbeit auf Zeit oder Abruf – ist der Begriff der Prekarität, wie er in der Sozialwissenschaft aber auch zunehmend in der amtlichen Statistik heute gebräuchlich ist. Wie der Industriesoziologe **Klaus Dörre** in seinem Beitrag darlegt, bezeichnet Prekarität im Anschluss an die wegweisende „Chronik der Lohnarbeit“ von Robert Castel (1995 im Original erschienen unter „Les métamorphoses de la question sociale“) eine



Dieses Symbol verweist auf einen Text, der innerhalb des PDF Formats per Mausclick abgerufen werden kann.

**Impressum:** Der Infobrief erscheint ca. alle 6 Wochen. Ältere Ausgaben sind auf der Homepage abrufbar. Kontakt: <mailto:newsletter@denknetz-online.ch>

umfassende „Rückkehr der Unsicherheit“ in die Arbeitswelt. Diese Unsicherheit betrifft längst nicht mehr nur die arbeitslosen „Ausgeschlossenen“ bzw. „Entkoppelten“ oder die in der „Zone der Prekarität“ Beschäftigten im engeren Sinne. Unsicherheit wird mehr und mehr zum Merkmal der „Zone der Integration“ selbst: Die Angst vor der eigenen Ersetzbarkeit, vor Qualifikationsverlust und letztlich vor sozialem Abstieg prägt heute in zunehmenden Masse auch die Sphäre des unbefristeten Vollerwerbsarbeitsplatzes.

Dieser Befund richtet den Fokus der sozialen Frage nicht nur auf die Folgen von struktureller Arbeitslosigkeit, sondern sensibilisiert für die Desintegrationspotentiale, die innerhalb der Arbeitswelt entstehen.

Dörre zeigt anschaulich, dass von dieser neuen, alten Form der Prekarität jene gesamtgesellschaftliche Disziplinierung ausgeht, die Marx im Theorem der „industrielle Reservearmee“ konzeptualisiert hatte: „Gerade weil sich die prekär Beschäftigten im unmittelbaren Erfahrungsbereich der über Normalarbeitsverhältnisse integrierten bewegen, wirken sie als ständige Mahnung. Festangestellte, die Leiharbeiter zunächst als wünschenswerte „Flexibilisierungspuffer“ betrachten, beschleicht ein diffuses Gefühl der Ersetzbarkeit, wenn sie an die Leistungsfähigkeit der Externen denken. Sie sehen, dass ihre Arbeit zu gleicher Qualität auch von Personal bewältigt werden kann, das für die Ausübung dieser Tätigkeit Arbeits- und Lebensbedingungen in Kauf nimmt, die in der Stammbesellschaft kaum akzeptiert würden. Wenngleich Leiharbeiter und befristet Beschäftigte betrieblich meist nur kleine Minderheiten sind, wirkt ihre bloße Präsenz disziplinierend auf die Stammbesellschaften zurück. In Bereichen mit hochqualifizierten Angestellten produzieren Freelancer einen ähnlichen Effekt. So finden sich im Grunde in allen Beschäftigungsverhältnissen Wechselbeziehungen zwischen Stammbesellschaften und flexiblen Arbeitskräften, die den „Besitz“ eines unbefristeten Vollzeitwerbsverhältnisses als verteidigungswertes Privileg erscheinen lassen.“

### Für eine Erneuerung der Arbeitspolitik

Weil diese disziplinierenden Effekte erheblich dazu beitragen, dass „qualitative Arbeitsansprüche in Betrieben und Verwaltungen“ sowie die Kritik an „Entfernung zur Arbeit, Monotonie oder schlechte Behandlung“ so gut wie nicht mehr zum

Tragen kommen können, wirbt Dörre für eine Politik der Entprekarisierung, die ganz oben auf der arbeits-, gewerkschafts- und sozialpolitischen Agenda platziert ist. Neben einem einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn geht es dabei – so Dörre in seinen nur vage und knapp formulierten Anregungen – vor allen Dingen um die gewerkschaftliche „Organisation der vermeintlich Unorganisierbaren“. Erfolge in dieser Hinsicht würden letztlich den Zirkel von Ohnmacht und Angst ankratzen und damit auch wieder Spielräume für den Kampf in der Arbeit ermöglichen.

Unter dem Motto "Nicht härter, sondern intelligenter arbeiten!" haben sich in Deutschland in jüngster Zeit einige vielversprechende arbeits- und gewerkschaftspolitische Initiativen gegründet. Ziel ist es, in Theorie und Praxis über den Kampf um den blossen Erhalt von Arbeitsplätzen hinaus offensiv Ansprüche an die Qualität der Arbeit zu thematisieren. So hat beispielsweise die Gewerkschaft IG-Metall auf betrieblicher Ebene eine breite Kampagne mit dem Slogan „Gute Arbeit“ gestartet. Die Initiative „Neue Politik der Arbeit“ versucht Wissenschaftler und Praktiker zusammenzubringen (siehe auch Frieder Otto Wolfs Artikel im neuen Widerspruch).

### Buchtipps:

Richard Detje / Klaus Pickshaus / Hans-Jürgen Urban (Hrsg.): Arbeitspolitik kontrovers. Zwischen Abwehrkämpfen und Offensivstrategien, Hamburg 2005, 216 Seiten EUR 16.80, sFr 30.00.

### Empirie der Prekarität: kein Übergangspänomen, sondern Normalität

Weil das prekäre Arbeitsverhältnis als Massenerscheinung erst in jüngster Zeit verstärkt wahrgenommen wird sind selbstredend die gängigen statistischen Erhebungen vielfach noch zu sehr am Normalarbeitsverhältnis ausgerichtet. Verlässliche Zahlen zur Dimension prekärer Arbeitsverhältnisse sind demnach nicht so ohne weiteres zu bekommen. Für die Schweiz und den Zeitraum 1992 bis 2002 hat **ECOPLAN** dennoch eine hilfreiche Bestandsaufnahme anhand der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung SAKE vorgelegt. Der Definition der Autorinnen zufolge ist Unsicherheit das zentrale Merkmal eines „prekären Arbeitsverhältnis“, das im Vergleich zu einem Normalarbeitsverhältnis unsicherer ist. Die Studie unterscheidet dabei folgende Dimensionen:



[http://www.igmetail.de/cps/rde/xchg/SID-0A342C90-345FB19A/interne/t/style.xsl/view\\_3270.htm](http://www.igmetail.de/cps/rde/xchg/SID-0A342C90-345FB19A/interne/t/style.xsl/view_3270.htm)



<http://www.forum-neue-politik-der-arbeit.de/index.html>



Leseproben unter <http://www.vsa-verlag.de/vsa/index.html>



[http://www.ecoplan.ch/download/pa\\_v\\_sb\\_de.pdf](http://www.ecoplan.ch/download/pa_v_sb_de.pdf)

**Zeitliche Unsicherheit**

Merkmal: vermehrte zeitliche Unsicherheit.  
 Beispiele: Temporärarbeit, befristete Arbeitsverhältnisse.

**Ökonomische Unsicherheit**

Merkmal: Einkommen unsicher.  
 Beispiele: Arbeit auf Abruf, Heimarbeit ohne vertraglich festgelegte Stundenzahl.

**Schutz-Unsicherheit**

Merkmal: schlechte oder fehlende Schutzbestimmungen.  
 Beispiel: Scheinselbständigkeit.

Im Jahre 2002 existierten den SAKE Daten zufolge 152 000 prekäre Arbeitsverhältnisse mit einer im längerfristigen Vergleich aufsteigenden Tendenz. Da die Erhebung nur die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz berücksichtigt (Schweizer, Niedergelassene, Jahresaufenthalter) dürfte die Zahl erheblich höher liegen. Andererseits muss einschränkend hinzugefügt werden, dass nicht jedes prekäre Arbeitsverhältnis im oben genannten Sinne auch als „prekär“ angesehen werden muss, insofern es sich bei einem Teil der Arbeitsverhältnisse ja um „freiwillig“ eingegangene handele.

Für die oftmals vorgetragene Behauptung, prekäre Arbeitsverhältnisse böten vielen Arbeitslosen die Chance des Übergangs in eine reguläre Stelle, liefert die Studie indes keine Anhaltspunkte. Eine soeben erschienene Studie der **Friedrich-Ebert-Stiftung** zeigt zumindest für Deutschland (aber auch im internationalen Vergleich!) vielmehr das Gegenteil an. Im Zeitraum zwischen 1991 und 2005 ist die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung um 13% zurückgegangen, obgleich die Zahl der Erwerbstätigen über diesen Zeitraum quasi konstant geblieben ist. In vielen Branchen wie „in der Bauwirtschaft oder dem Einzelhandel sind Normalarbeitsverhältnisse für Mehrheiten nicht mehr erreichbar“, so der auch in theoretischer Hinsicht erkenntnisreiche Bericht.

**Workfare**

Die Ausbreitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse ist eng mit der Durchsetzung aktivierender Arbeitsmarktpolitiken verbunden, mit denen die meisten Wohlfahrtsstaaten die Arbeitslosigkeit bekämpfen bzw. vorgeben dies zu tun. Die nahezu vollständige Ausrichtung von Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik auf eine Integration durch Arbeit um jeden Preis wird in der Sozialwissenschaft als „Workfare“ bezeichnet. Auch in der Schweiz ist man auf dem Weg „from Welfare to Work-

fare“ weit vorangekommen, wie weitere Artikel im neuen *Widerspruch* zeigen.

In ihrem Beitrag „Der kategorische Imperativ der Arbeit“ berichtet die Soziologin **Eva Nadai** von der Praxis der aktivierenden, auf Integration durch Arbeit zielenden Sozialpolitik, wie sie in der Schweiz zuerst 1996 in der zweiten Teilrevision des Arbeitslosenversicherungsgesetz (AVIG) und dann 1998 in den Richtlinien des SKOS (Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe) konzeptualisiert wurde. Sie bezieht sich dabei auf Ergebnisse des Teilprojekts „Die Durchsetzung des unternehmerischen Selbst. Integration und Ausgrenzung in Unternehmen und sozialstaatlichen Programmen“ (zusammen mit **Christoph Maeder** und **Thomas Samuel Eberle**) innerhalb des Nationalen Forschungsprogramms **NFP 51 „Integration und Ausschluss“**. Nadai zeigt zunächst, dass das Konzept einer Aktivierung von Arbeitslosen bereits auf einer theoretischen Ebene als äusserst problematisch anzusehen ist, insbesondere wegen der darin angelegten Individualisierung gesellschaftlicher Probleme: „Anstelle von Eingriffen in Strukturen, die nur schwer und langfristig zu beeinflussen sind (Arbeitsmarkt, demographische Entwicklung, Familienformen etc.) setzt Aktivierung am Individuum an, das sich durch die Änderung seines Verhaltens gleichsam selbst in Gesellschaft und Arbeitsmarkt integrieren soll.“

Anhand dreier Fallstudien zu Integrationsprojekten in der Schweiz wird deutlich, wie sich diese Problematik in der Praxis darstellt: Die im Aktivierungskonzept explizit unterstellte Vertragssituation zwischen Sozialamt, RAV bzw. dem Träger der jeweiligen Massnahme auf der einen Seite und den zu integrierenden „Klienten“ auf der anderen Seite existiert in der Praxis gerade nicht. Zum einen steht das Ziel der Vereinbarung – Arbeit um jeden Preis – von vorneherein fest, zum anderen liegen umfassende Sanktionsmittel – bis hin zur Leistungskürzung – einseitig in den Händen der zuständigen Ämter. Für eine erfolgreiche und nachhaltige Integration bedürfte es demgegenüber einer Hilfe im Einzelfall, die ganz auf die individuellen Bedürfnisse und Bedingungen zugeschnitten ist. Eine solche Hilfe stehe aber zunehmend im Widerspruch zum „generalisierenden Gestus“ einer Aktivierungspolitik, deren Erfolg sich an abstrakten Quoten oder gar finanziellen Einsparungen ablesen lassen soll. Nadai bezieht sich hierbei auch auf eine Studie zur begrenzten Wirksamkeit kantonaler Integrat-



[http://www.nfp51.ch/d\\_module.cfm?Projects.Command=details&get=21](http://www.nfp51.ch/d_module.cfm?Projects.Command=details&get=21)



[http://www.nfp51.ch/d\\_agenda\\_nfp51.cfm?Events.Command=detail&id=12](http://www.nfp51.ch/d_agenda_nfp51.cfm?Events.Command=detail&id=12)



<http://library.fes.de/pdf-files/asfo/03514.pdf>

**Weitere Texte zur Debatte**

Gundula Ludwig,  
 Birgit Mennel  
[http://www.unet.univie.ac.at/~a9709070/grundrisse14/14gundula\\_ludwig\\_birgit\\_mennel.htm](http://www.unet.univie.ac.at/~a9709070/grundrisse14/14gundula_ludwig_birgit_mennel.htm)  
 Martin Dieckmann:  
[http://www.unet.univie.ac.at/~a9709070/grundrisse15/15martin\\_dieckmann.html](http://www.unet.univie.ac.at/~a9709070/grundrisse15/15martin_dieckmann.html)  
 Chantal Magnin  
<http://www.ihs.ac.at/publications/so/cs/r73.pdf>

Zu Workfare in Europa und den USA:



<http://doku.iab.de/discussionpapers/2005/dp1705.pdf>



[http://www.sozialstaat.ch/global/projects/results/da\\_cunha\\_kurzfassung.pdf](http://www.sozialstaat.ch/global/projects/results/da_cunha_kurzfassung.pdf)

ionsmassnahmen von **Antonio da Cunha, Suzanne Stofer, Sylvie Pellaton Leresche, Béatrice Steiner, Jean-François Both.**

Solange Aktivierungspolitik – so das Resümee Nadais – *gegen* und nicht *mit* den Betroffenen betrieben wird, hilft Aktivierung den Betroffenen kaum in Arbeit zu kommen, sondern verschärft vielmehr deren „soziale Verwundbarkeit“.

Anhand einer Rekapitulation der britischen Workfare Programme, die im Rahmen der New Labour Politik unter Tony Blair seit 1997 massiv eingeführt wurden, versucht **Roland Atzmüller** die strategische Bedeutung von „Workfare“ aus einer regulationstheoretischen Sicht zu bestimmen. „Workfare“ sei in diesem Zusammenhang ein zentrales Charakteristikum einer spezifischen postfordistischen Regulationsweise. Diese könne nicht einfach als die Fortsetzung des durch die Thatcher-Regierung durchgesetzten neoliberalen Programms betrachtet werden. Zwar baue sie auf dessen marktliberaler, antisozialistischer und gewerkschaftskritischer Schlagseite auf. Im Gegensatz zum damaligen Reformfuror einer radikalen Deregulierung und Privatisierung von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat versuchte New Labour die durch die neoliberale Wettbewerbspolitik forcierten Desintegrations- und Individualisierungseffekte nicht nur einfach abzufedern. Gerade Workfare stehe vielmehr für eine neue Politik aktiver Integration aller Staatsbürger unter das Dach der „one nation“. Zweifelsohne handelt es sich hierbei um eine Revitalisierung eines konservativen Gesellschaftsbildes<sup>1</sup>; eine Ideologie allerdings, die wie Atzmüller zurecht betont, auch praktisch integrierend wirkt. Zusammen mit den Einflüssen einer günstigen Wirtschaftsentwicklung hat Workfare tatsächlich zu einer (Zwangs)Integration der Gesellschaft durch Arbeit geführt. Welchen Charakter und welche Qualität jene neuen Arbeitsverhältnisse aufweisen, mit der Workfare in Großbritannien eine annähernde Vollbeschäftigung erreicht hat, steht jedoch ebenso auf einem anderen Blatt wie die Qualität dieser Integration.

<sup>1</sup> Auch Gabriele Michalitsch sieht eine Verbindung zwischen der Aktivierungspolitik und einer Retraditionalisierung, die in einem Geschlechter-Regime durch Arbeit wirksam werde. Auf diesen Text wird im nächsten Infobrief ebenso eingegangen wie auf Alexandra Raus Versuchs, in der Aktivierungspolitik bzw. der autoritären Anrufung von Eigenverantwortung etwas anderes als den verschärften Zwang zur Lohnarbeit zu sehen: „Psychopolitik“.

Der Basler Soziologieprofessor **Ueli Mäder** weist in seiner Skizze zur neueren Debatte um „Exklusion“ darauf hin, dass die vielbeschworene Integration in Erwerbsarbeit angesichts der Bedingungen prekärer und niedrig entlohnter Arbeitsverhältnisse gerade auch als Ausschluss empfunden werden kann. So gesehen führt Workfare im „Erfolgsfall“ zu einem „Ausschluss durch Integration“ und forciert durch ihre intendierten oder nichtintendierten Effekte wie Sozialdumping und Lohndruck wiederum die Prekarisierung der Arbeitswelt.

In der Regel stellt Workfare freilich nicht einmal diese Form exkludierender Integration sicher, wie der Züricher Soziologe **Kurt Wyss** feststellt: Die internationale Forschungsliteratur zu Workfare zeige klar, „dass die mit der Umstellung auf „Workfare“ versprochenen Wirkungen, nämlich die Menschen wieder in die Arbeit und damit aus der Armut zu bringen, nicht nur nicht erzielt wurden, sondern umgekehrt, dass die Lage der von Armut Betroffenen sich infolge von „Workfare“ noch zusätzlich verschlechterte“. Wyss zeigt im Folgenden anhand der Revision der SKOS-Richtlinien, wie sich dieser Zusammenhang in der Schweiz darstellt (siehe hierzu auch seinen Text in der Roten Revue 4/2005, siehe auch Denknetz-Infobrief #1) und liefert noch einen bemerkenswerten Impuls zum „objektiven Sinn“ von Workfare, der weniger in der Schaffung von Arbeitsplätzen liege. Workfare ziele vielmehr darauf, eine „autonom bestimmte Integration“ zu verhindern, die durch eine Kultivierung von Lebenslagen möglich würde, die – „ein möglichst hohes Existenzminimum“ vorausgesetzt – „ausserhalb der Lohnarbeit zwangsläufig entstehen“; „man will am Ziel des unterworfenen Arbeitssklaven festhalten“.

### Beschäftigungspolitik

Das Aufkommen von Workfare-Politiken steht in den meisten Ländern im Zusammenhang mit einer sukzessiven Abkehr von einer aktiven Beschäftigungspolitik, wie sie zumindest konzeptionell lange Zeit auf der wirtschaftspolitischen Agenda auch im bürgerlichen Lager stand. Vollmundige Konzepte einer europäischen Beschäftigungspolitik wie sie etwa regelmässig auf EU-Gipfeln bekräftigt werden, erweisen sich demgegenüber als „aufs Engste mit der neoliberalen Agenda der Europäischen Wirtschaftspolitik liiert“ wie

Zur Debatte um Exklusion vgl. auch Bertold Vogels instruktive Einführung „Überzählige und Überflüssige“



<http://www.linksnet.de/artikel.php?id=1268>



[http://al.sp-ps.ch/data/RoteRe/RoteRevue\\_2005-4.pdf](http://al.sp-ps.ch/data/RoteRe/RoteRevue_2005-4.pdf)



[http://www.seismo-over-lag.ch/seismo/zeitschriftendownloads/Vol 30 %282004%29/SZf S 3 30 Abstracts.pdf](http://www.seismo-over-lag.ch/seismo/zeitschriftendownloads/Vol%2030/SZfS%203%20Abstracts.pdf)

**Franz Schultheis** in Heft 3/2004 der Schweizerischen Zeitschrift für Soziologie nachweist. Dem Verband **Economiesuisse** ist jedoch selbst das begriffliche Festhalten an „Beschäftigungspolitik“ wie sie auf EU Ebene noch zum Ausdruck kommt zuviel des Guten. „Eine Übernahme der europäischen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik würde sich jedoch tendenziell negativ auf die Wettbewerbsfähigkeit schweizerischer Unternehmen auswirken“ heisst es im Jahrbuch von Economiesuisse 2005.

Der neoliberale Zeitgeist dementiert die Möglichkeit und Notwendigkeit einer aktiven Arbeitsmarktpolitik und forciert eine aktionistische Alibipolitik auf dem Rücken der Arbeitslosen und Noch-Beschäftigten. Ein deregulierter Arbeitsmarkt, eine möglichst marktgerechte Lohnfindung sowie der Abbau aller jener Transfer- und Sozialeinkommen, die die Menschen dazu anreizen, gar nicht oder zu wenig Arbeitskraft auf dem Markt anzubieten: Einzig diese Massnahmen bewirkten automatisch eine Beschäftigungszunahme, so die Behauptung. Führt diese Medizin nicht zu mehr Beschäftigung wird stoisch die Erhöhung der ihrer Dosis gefordert.

Im seinem Artikel im Widerspruch „1000-Franken Jobs – eine Scheinlösung“ setzt sich Unia Zentralsekretär **Andreas Rieger** am Beispiel des 1000-Franken Konzepts des Zürcher Sozialdepartements um Monika Stocker systematisch mit dem derzeit vorherrschenden Denken auseinander, das neue Beschäftigung überwiegend im Niedriglohnbereich für möglich hält. Ein zu hohes Lohnniveau, starre arbeitsrechtliche Regulierungen und nicht zuletzt eine zu sehr auf den Schutz der ArbeitsplatzbesitzerInnen ausgerichtete Politik der Gewerkschaften verhindere die Entstehung entsprechender Jobs, so lautet die gängige Diagnose, die auch Stockers Therapie zugrunde liegt. Der Vorschlag für solche sogenannten Teillohnstellen stellt im Grunde nichts anderes wie ein Kombilohn dar, bestehend aus den „marktgerechten“ 1000 Franken sowie ergänzenden Leistungen im Rahmen der Sozialhilfe. Nicht zuletzt weil diese Jobs durchaus auch in der Privatwirtschaft ausgewiesen werden sollen, befürchtet Rieger einen Dambruch hinsichtlich eines weiteren Drucks auf die Löhne. erinnert sei an eine Aussage des früheren Präsidenten des Deutschen Industrie und Handelstages, Hans Jörg Stihl zum Kombilohn: „Ja, er eröffnet die Diskussion über Niedrigtarife. Aber klar, er ist keine marktwirtschaftliche Lösung, sondern eine Krücke, um die Probleme

schrittweise anzupacken, für uns eine Art trojanisches Pferd, das wir bei den Gewerkschaften und Sozialpolitikern aufstellen.“ (*Wirtschaftswoche* 2.10.1997). Auch die Schweizer Wirtschaft reagierte sofort auf die Vorschläge Stockers, Peter Hassler würdigte den Tabubruch (Blick 20.05.2005) und die Städteinitiative Sozialpolitik organisierte mit dem Schweizerischen Arbeitgeberverband im November 2005 eine Tagung zum Thema.

Der **VPOD Zürich** hat mittlerweile zur Teillohnproblematik eine Stellungnahme publiziert. Ähnlich wie im Artikel von Andreas Rieger wird auch hier eine echte Beschäftigungspolitik gefordert, die diesen Namen verdient. Dazu gehören natürlich Angebote, bei denen sowohl Sozialdumping ausgeschlossen werden kann sowie die Orientierung an den individuellen Bedürfnissen und Möglichkeiten gegeben ist. Dazu gehört aber auch eine umfassende wirtschaftspolitische Erneuerung der Beschäftigungspolitik wie sie etwa **Hans Schättli** in einem aktuellen Aufsatz fordert →

**Buchtip:** Erwin Carigiet, Ueli Mäder, Michael Opielka, Frank Schulz-Nieswandt (Hrsg.): Wohlstand durch Gerechtigkeit. Deutschland und die Schweiz im sozialpolitischen Vergleich, Rotpunktverlag, Zürich 2006

Erinnert sei auch einen bereits etwas „älteren“, aber nach wie vor relevanten Text von **Hans Baumann** aus dem Jahre 1986, der seinerzeit für die Gewerkschaft GBI eine Positionsbestimmung für eine sozial und ökologisch nachhaltige Beschäftigungspolitik vornahm. In Deutschland bildete sich im Zuge der Anti-Hartz-Proteste eine breit angelegte „**Initiative für eine sozialstaatlich orientierte aktive Arbeitsmarktpolitik**“, die u.a. dem Ausbau eines öffentlichen Beschäftigungssektor für soziale Dienstleistungen fordert. Ähnlich argumentiert Franz Segbers gegen Ende seines etwas wenig strukturierten Textes im neuen Widerspruch, in dem er – gestützt auf eine Studie des **IAB Instituts** – „die Zukunft der Arbeit“ in der personennahen Dienstleistung im medizinischen, sozialen und pädagogischen Sektor“ verortet: „Heilen, Beraten, Pflegen.“ Freilich wäre hierzu ein veritabler Politikwechsel von Nöten, der angesichts der vorherrschenden Privatisierungsideologie nahezu einer Kulturrevolution gleichkäme. „Vernünftig wäre es, die Produktivitätsgewinne im Bereich der Industrie und der materiellen Produktion so zu verteilen, dass über existenzsichernde Normalarbeitsverhältnisse und sozial gerechte Besteuerung sich ein zukunftsfähiger Dienstleistungssektor entwickeln könnte.“



<http://www.staedteinitiative.ch/de/main.php?inh=organisation&id=3>



<http://www.vpod-ssp.ch/vpod/beruf/teillohnjobs.pdf>



<http://www.denknetz-online.ch/index.php?showtopic=267>



<http://www.trendinfoartisan.net/trd7802/t427802.html>



<http://doku.iab.de/kurzber/2002/kb1802.pdf>